Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 90 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 90 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.18 Mk., monatlich 1.04 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 50 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 158 — Mittwoch, den 10. Juli 1918 — 13. Jahrgang

Die Reichstagsparteien zum Rücktritt Kühlmanns.

Die Haltung der Sozialdemokraten. — Eine politische Debatte im preußischen Herrenhause. Siegeszuversicht der Regierung. — Zur Ermordung Mirbachs. Englische Agitatoren im Spiele. — Bildung einer russischen Roten Armee. — Die neue Bier- und Branntweinsteuer im Reichstage angenommen.

Zum Rücktritt Kühlmanns.

Dr. v. Kühlmann.

Dr. Richard v. Kühlmann steht im 46. Lebensjahre. Er ist als Sohn des damaligen Direktors, späteren Generaldirektors der Anatolischen Bahnen, am 17. März 1873 geboren, seine Mutter war eine geborene v. Redwitz. v. Kühlmann war während seiner Amtszeit auf zahlreichen diplomatischen Posten beschäftigt, so u. a. in Washington, Petersburg, Marokko und in Persien. Während seiner Tätigkeit in Tanger fiel der bekannte Besuch Kaiser Wilhelms in Marokko. Später wurde er zum ersten Botschaftssekretär in London ernannt, wo er bei der Formulierung des neuen Bagdad-Vertrages und des afrikanischen Vertrages mit der englischen Regierung beteiligt war. In London blieb er bis zum Ausbruch des Krieges. Nachdem er London verlassen hatte, ging er zur Unterstützung des deutschen Gesandten nach Stockholm, wo er aber nur wenige Wochen blieb, weil er als Botschaftsrat nach Konstantinopel berufen wurde. Im Frühjahr 1915, als der damalige deutsche Gesandte im Haag aus Gesundheitsrücksichten zurücktrat, wurde v. Kühlmann sein Nachfolger. Nach anderthalbjähriger Tätigkeit wurde er im Oktober 1916 als Nachfolger des inzwischen verstorbenen Freiherrn v. Wangenheim zum Botschafter in Konstantinopel ernannt, von wo er Ende Juli 1917 als Leiter des Auswärtigen Amtes nach Berlin berufen wurde.

Paul v. Hintze.

Der als Nachfolger Kühlmanns in Aussicht genommene Paul v. Hintze ist aus der Marine hervorgegangen. Er ist am 13. Februar 1864 in Schwedt a. d. O. geboren und trat im April 1882 als Seekadett in die Kaiserliche Marine ein. 1885 wurde er Leutnant z. S., 1888 Oberleutnant z. S., 1895 Kapitänleutnant, 1901 Korvettenkapitän, 1906 Fregattenkapitän und 1907 Kapitän z. S. Von 1896 bis 1898 tat er als Kapitänleutnant in der Marineverwaltung Dienst, in den nächstfolgenden Jahren war er während des spanisch-amerikanischen Krieges als Flagg-Leutnant dem von Vizeadmiral v. Diederichs befehligten Kreuzergeschwader in Ostasien zugeteilt. Nach seiner Rückkehr war er dann zunächst beim Admiralstab der Marine beschäftigt, worauf er ein Kommando als Erster Offizier des Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II." erhielt. Im Sommer 1903 erfolgte seine Ernennung zum Marine-Attaché für die skandinavischen Staaten mit dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahre 1906 wurde er zum Flügeladjutant des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den erblichen Adel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter am Kaiserlich Russischen Hofe und als solcher der Person des Kaisers attachiert und dem Hauptquartier zugeteilt. Den aktiven Dienst verließ er im Frühjahre 1911 und trat unter Verleihung des Charakters als Konteradmiral ins Auswärtige Amt ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt, welchen Posten er bis nach Ausbruch des Weltkrieges bekleidete. Hier erhielt er den Auftrag, die deutsche Vertretung in Peking zu übernehmen, wohin er aber, da der Vierverband das freie Geleit verweigerte, nur unter größten Schwierigkeiten und Gefahren gelangte. Nach Abbruch der Beziehungen mit China kehrte er auf dem sogenannten Diplomatenschiff über Amerika nach Holland und Deutschland zurück. Im Juni 1917 endlich ging Herr v. Hintze nach Christiania, um hier an Stelle des abberufenen Gesandten Dr. Michahelles zu treten. Hintzes Vater, Julius Ferdinand Hintze, war Kaufmann in Schwedt a. d. O. seine Mutter eine geborene Hardmann; beide Eltern sind nicht mehr am Leben.

Die Stellungnahme der Parteien.

Wie die Berliner „Nat.-Ztg." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, stellt sich die durch den Rücktritt Kühlmanns geschaffene politische Lage folgendermaßen dar: Der Rücktritt des Staatssekretärs findet bei den Parteien des Reichstags eine zwiespältige Aufnahme. Während ein Teil der Parteien in dem vollzogenen Rücktritt eine Erklärung der Lage sieht, stehe vor allem die Sozialdemokratie auf dem Standpunkte, daß der Rücktritt Kühlmanns in Zusammenhang mit der nunmehr als sicher geltenden Nachfolgerschaft Herrn v. Hintzes das Uebergewicht militärischer Einflüsse dokumentiere. Von anderer Seite wird dem Blatte noch mitgeteilt: Die Mitglieder der Mehrheit des Reichstags glaubten mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß das Demissionsgesuch v. Kühlmanns abgelehnt werden würde. Die Sozialdemokraten, die beschlossen hatten, die Kriegskredite zu bewilligen, erklärten heute, sich vor eine gänzlich neue Situation gestellt zu sehen, die ihre bisherigen Beschlüsse von denen sie bereits der Regierung Mitteilung gemacht hatten, völlig hinfällig macht. Nach einer Ablehnung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie (die Unabhängigen Sozialdemokraten stimmen ohnehin dagegen) müßte sich Herr v. Payer genötigt sehen, selbst eine Demission zu geben. Nach der Aussprache der Fortschrittlichen Volkspartei, die anfänglich sehr bewegt verlief, wurde jedoch von fortschrittlicher Seite erklärt, daß die Partei mit einem Rücktritt des Vizekanzlers nicht rechnet. Wie in Reichstagskreisen bestimmt verlautet, werden jedoch die Mehrheitssozialisten die Kriegskreditvorlage nicht ablehnen.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau" schreibt zu Kühlmanns Rücktritt u. a.: Ist das nun ein Sieg der Alldeutschen? Man muß diese vergiftete Aus- und Unterlegung von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es handelte sich nicht, wie unterstellt wurde und wird, um den Kampf eines Systems gegen ein System, es handelte sich und konnte sich nur handeln um die Ausschaltung eines Staatssekretärs, der in geradezu unerhörter Weise gegen Kurs des ihm vorgesetzten einzig verantwortlichen Kanzlers zu steuern versuchte. Der Mann Kühlmann hat sich politisch unmöglich gemacht. Den Mann Kühlmann gilt es zu ersetzen durch jemand, der nicht, wie er, jedes politischen Kredites bar ist. Weil dem so ist, knüpfen wir an Kühlmanns Ausscheiden keinerlei besondere Erwartungen, sei es freudiger oder unfreudiger Art; der Kurs bleibt der alte.

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 10. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Kemmelgebiet an der Lys und Somme lebte die Gefechtstätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Noyon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften Porte und Des Loges westlich von Autheuil sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longoont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Vorstoß abgewiesen. Bei örtlichen erfolgreichen Vorstößen westlich von Chateau-Thierry machten wir mehrere Gefangene. Rege Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

15000 Tonnen versenkt.

(Amtlich.) Berlin, 9. Juli. Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: 5 Dampfer und 1 Segler von rund 15000 Brt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus dem Reichstage.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung standen zunächst

Anfragen.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Arendt (d. F.), wie der Reichskanzler die schwere Unbilligkeit gegen die Hausbesitzer durch die von den stellvertretenden Generalkommandos des 1., 2. und 7. Armeekorps erlassenen Mietskündigungs- und Mietssteigerungsverbote zu verhindern gedenke, erwidert

General von Wrisberg: Diese Verordnungen erfolgten auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden, um einer durch Massenkündigungen und Mietssteigerungen bis zu 45 Prozent entstandenen Wohnungsnot und der daraus folgenden schweren Beunruhigung der Bevölkerung im Interesse der Sicherheit des Reiches so schnell wie möglich abzuhelfen. Die Verordnungen stellen nur eine Ergänzung der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1917 dar und machen die Steigerung oder Kündigung von der Genehmigung der Mietseinigungsämter oder der Polizeiverwaltung abhängig. Es wird also der Mieterschutz gestärkt, ohne die berechtigten Interessen der Vermieter zu gefährden. Die militärischen Befehlshaber sind zweifellos auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes zum Erlaß derartiger Verordnungen berechtigt.

Eine Anfrage des Abg. von Brockhausen (kons.) betreffend Belieferung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit Stiefeln und Schuhen bei Eintritt kälterer Witterung beantwortet

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller dahin, daß bereits eine entsprechende Verordnung erlassen sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Heckscher (f. V.) betreffend Erhöhung des täglichen Verpflegungsgeldes auf 2 Mark für Urlauber erwidert

General von Oven: Ueber die Erhöhung der Geldabfindung zur Selbstbeköstigung ist eine Entscheidung in der nächsten Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (natl.) fragt, ob der Reichskanzler dahin wirken wolle, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und zwar unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung des Landes.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgeverordnung ist verfassungsmäßiges Recht der einzelnen Bundesstaaten. Die beiden großherzoglich-mecklenburgischen Regierungen sind gegenwärtig mit Erwägungen darüber beschäftigt, ob Herzog Karl Michael, dessen Aufenthaltsort in Rußland noch nicht ermittelt werden konnte, durch Verzicht sein Thronfolgerecht verloren hat. Es ist festgestellt, daß Herzog Karl Michael wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges aus der mecklenburgischen Staatsangehörigkeit entlassen wurde, Aufnahme im russischen Untertanenverband fand und als russischer General gegen Deutschland im Felde stand. Die sich hieraus ergebenden Folgerungen werden jedenfalls zu ziehen sein.

Eine Anfrage des Abg. Vogtherr (unabh. Soz.) betreffend ausnahmerechtliche Behandlung der Wahlvereine der unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien im Bereiche des 2. Armeekorps beantwortet

General von Wrisberg: Im Korpsbezirk des stellvertretenden Generalkommandos des 2. Armeekorps sind politische Mitgliederversammlungen aller Parteien ausnahmslos gestattet, wie auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben, wie auch solche der Sozialdemokratie. Verboten ist nur das Auftreten auswärtiger Personen, deren Reden beunruhigend wirken.

Auf die Anfrage des Abg. Müller-Meiningen (f. V.), betreffend Einstellung der Lieferung von reinem Buchenblättertabak an die Mannschaften im Felde erwidert

General von Oven: Seit der Verfügung vom 13. Mai ist die Kriegstabakmischung nicht mehr an Proviantdepots geliefert worden. Sie ist bis zur Entscheidung der Ersatzpflicht der Lieferer auf Lager genommen. Ehe der Erlaß überall durchgedrungen ist, mögen allerdings noch manche Pakete an die Truppen ausgehändigt worden sein. Andere Mischungen werden bereits auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Vorläufig wird nur reiner Tabak an die Truppen geliefert.

Es folgt die erste Lesung des

neuen Kriegskredits von 15 Milliarden Mk.

Es wird Ueberweisung an den Heeresausschuß beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung der

Steuervorlagen.

Biersteuer und Bierzoll.

Abg. Köppner (Soz.): Das Bier sollte als der beste Bundesgenosse im Kampf gegen den Schnaps geschont werden, wird aber immer mehr als Steuerquelle benutzt. Die heutige Steuer bedeutet eine Jahresbelastung von 1 Milliarde Mark und damit den Todesstoß für viele Brauereien und Tausende von Existenzen.